DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf

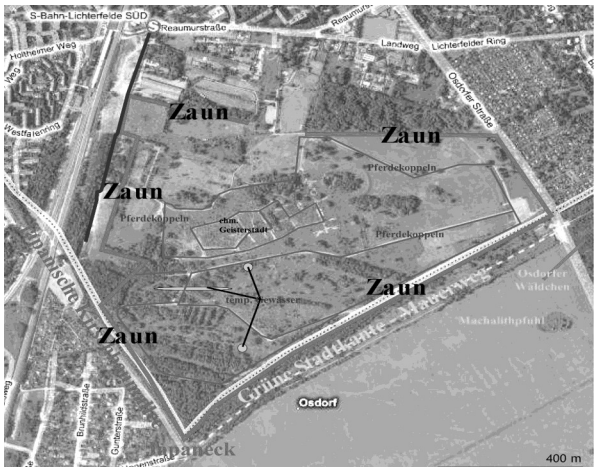
Südwestblick

Demokratisch Kritisch Parteilich Links

Berliner Umweltpreis 2012 des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bekamen

„GroßstadtWildnis Lichterfelder Weidelandschaft“ und „Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd“

Das Aktionsbündnis „Landschaftspark Lichterfelde Süd“ und Frau Anne Loba für ihr „Beweidungsprojekt“ sind mit dem Berliner Umweltpreis ausgezeichnet worden. Wir gratulieren! Der BUND Berlin vergab den Preis zum achten Mal und ehrt damit Menschen und ihre Projekte, die sich durch herausragendes Engagement für den Umwelt- und Naturschutz in Berlin stark machen. Die Preisträger erhalten den Umweltpreis, weil sie mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Umwelt zu schützen und damit Berlin insgesamt lebenswerter machen. Hervorzuheben ist, dass die Preisträger all das in ihrer Freizeit geleistet haben, in unzählbaren Stunden nach Feier-



abend, an Wochenenden und dies seit vielen Jahren. Dank der Arbeit von Anne Loba und ihren Mitstreitern hat sich die „Lichterfelder Weidelandschaft“ entwickelt. Die ehemalige Militärbrache wurde zu einer attraktiven Großstadtwildnis. Es entstanden unterschiedlichste Lebensräume, eine faszinierende Vielfalt der einheimischen Flora und Fauna. Der Berliner Umweltpreis wurde je zur Hälfte an das Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd und das Beweidungsprojekt vergeben. Die Teilung des Preises symbolisiert, dass beide Projekte zusammen gehören und als Einheit gegen Pläne ganz anderer Art verteidigt werden müssen. Ob dies gelingen wird, hängt nicht zuletzt auch vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab.

Was ist passiert? Das 92 Hektar große Areal, einst öffentliches Eigentum, wurde von der Deutschen Bahn (DB) an einen „Investor“ verkauft und hat sich somit in ein Objekt der Begierde verwandelt. Sie dürfen sich gleich die Augen reiben und sich schwer tun zu glauben, was gut unterrichtete Kreise ausgeplaudert haben: Demnach soll die Deutsche Bahn das Gelände zu einem Schnäpchen Preis von einer Million Euro an die CA Immo verscherbelt haben. Die hat es dann, in einem Paket mit weiteren Liegenschaften, an die Groth-Gruppe weiterverkauft – mit einem riesigen Gewinn. Die Groth-Gruppe soll zwölf Millionen Euro gezahlt haben. Kein Zweifel, sie wird wissen, warum sie diese Summe auf den Tisch gelegt hat, obwohl sie hätte befürchten müssen, dass die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften eine Umwandlung des Gebietes in Bauland verhindern und somit ihre hochgeschossigen Pläne würde blockieren können. Wir zitieren Paragraph 1 aus dem Naturschutzgesetz: „Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu

Inhalt der Ausgabe 4 2012:

Seite 2 & 3Kein Geld für Sporthallen?
Seite 4 Solidarität mit Griechenland
Seite 5 Warum Sozialarbeit auf die Straße geht
Seite 6 Eine Umweltseuche
Seite 7 Treitschkestraße umbenennen!
Seite 8 Impressum, Termine, Diverses

* * *

schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen...“. Und das Gesetz zur „Einführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP)“ sieht vor, dass bestimmte Pläne und Programme zukünftig vor ihrem Erlass einer vertieften Überprüfung ihrer Auswirkungen auf die Umwelt unterzogen werden. Damit können nachteilige Umweltfolgen einer Planung bereits frühzeitig im Planungsprozess erkannt und berücksichtigt werden. Auf diese Weise können so auch die Beteiligungsrechte der Bevölkerung sowie der Verbände gestärkt werden. Schließlich wollen wir nach das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung erwähnen und auch hier aus dem ersten Paragraphen zitieren: „Zweck dieses Gesetzes ist es sicherzustellen, dass bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben sowie bei bestimmten Plänen und Programmen zur wirksamen Umweltvorsorge nach einheitlichen Grundsätzen“ vorgegangen wird.

Herr Groth, davon gehen wir aus, wird die gesetzliche Lage kennen, wird sich aber gesagt haben: Wo ein Wille ist, wird sich auch ein Weg bahnen lassen. Um diesen zu beschreiten, muss man nur in die passenden „Filz“-Stiefel schlüpfen und die richtigen Leute aufsuchen, mit denen man im Weg stehende Gesetze und Vorschriften beugen bzw. umgehen kann. Einen dieser Leute scheint er bereits überzeugt zu haben, er heißt Ephraim Gothe und ist Staatssekretär in der Stadtentwicklungsverwaltung, zuständig für Bauen und Wohnen. Dieser Mann mit SPD-Mitgliedsbuch meint, man könne auf dem Gelände 2200 Wohneinheiten bauen lassen und bemüht sich eifrig, für dieses Vorhaben seine Parteifreunde, die solche Pläne (noch) anders zu beurteilen scheinen, auf seine Seite zu ziehen.

Trotz alledem – die Auszeichnung durch den Berliner Umweltpreis ist eine Unterstützung für das Aktionsbündnis und für die Fortsetzung der Beweidung. Endgültig gewonnen ist damit noch nichts. Der Baulöwe Groth hat starke Verbündete und kann sich teure Anwälte leisten. Dagegen kann man sich nur gemeinsam wehren, wenn es gelingt Interessengegensätze zu überwinden. Die Bürgerinitiative kann mit kluger Strategie und gemeinsamen Engagement dagegen halten. Das Aktionsbündnis wirbt mit überzeugenden Argumenten für einen „Landschaftspark Lichterfelde Süd“ und hat konkrete Perspektiven für die Entwicklung des Geländes aufgezeigt. Das wichtigste ist – die Erhaltung von Natur und Umwelt und somit die Sicherung der Lebensqualität der Bürger. Die Interessen der Gewerbetreibenden sollen berücksichtigt werden, eine Randbebauung mit Genossenschaftswohnungen wäre denkbar. Die Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten der Bewohner der Thermometersiedlung sollten ebenfalls berücksichtigt werden, das ist ihnen versprochen worden. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf fordert die Politiker auf, sich dafür einzusetzen, dass ökologische Belange Vorrang vor ökonomischen Interessen haben. Die Bedürfnisse der Menschen nach Naherholung und intakter Umwelt sind wichtiger als die Profitziele der Investoren.

Eberhard Speckmann

Empört Euch!

Und worüber bitteschön? Etwa über das hier? „Chinas Premier häuft riesiges Vermögen an.“ Dies war der Aufmacher mehrerer Tageszeitungen am letzten Oktober-Wochenende. Die Familie des als volksnah geltenden Regierungschefs soll ein Vermögen von 2,7 Milliarden US-Dollar angehäuft haben. Und das in einem kommunistischen Staat. Skandalös. Oder? Wir wollen uns aber hier nicht mit den Praktiken eines Staats befassen, der sich immer noch auf der Suche nach dem Übergang einer noch stark mittelalterlich geprägten Gesellschaft zum Sozialismus unter den Bedingen einer globalisierten Weltwirtschaft befindet.
Es gibt viele und ganz andere Gründe sich zu empören – fast jeden Tag auf's Neue. Deshalb sollten wir uns nicht ablenken, unseren kritischen Blick nicht verstellen und auf das ferne China ausrichten lassen. Bleiben wir lieber vor Ort in unserem schönen Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Kennen Sie einen Politiker, der bei seinen öffentlichen Auftritten das Thema ‚Schule, Bildung, Studium und berufliche Ausbildung' nicht in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt? Ich kenne keinen. Befasst man sich aber zum Beispiel mit dem Zustand der Schulen in unserem Bezirk, verfestigt sich sehr schnell der Eindruck, dass Reden und Handeln in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zueinander stehen. Dass sich hinter den Türen vieler Schulen inakzeptable Missstände verbergen, wissen nicht nur die drunter unmittel-

bar leidenden Schüler und Lehrer. Es wird ja darüber berichtet – in der RBB-Abendschau, in Tages- und Wochenzeitungen, weniger aber im Ton und mit dem Ausdruck heller Empörung sondern eher im Stil eines seinen Bericht abfassenden Statistikers.

Kein Geld für Sporthallen? Geld ist *da*!

Wir knöpfen uns ein Beispiel vor: Mehrere Zeitungen berichteten unlängst, dass elf Sporthallen im Bezirk gesperrt sind. Steglitz-Zehlendorf hat einen Sanierungsbedarf von 174,5 Millionen Euro, heißt es. Sie lesen richtig: es geht um den Bedarf, nicht um die Sanierungen selbst. Diese kommt nämlich nicht in die Gänge, weil – dreimal dürfen Sie raten – kein Geld vorhanden ist. Das „Es-ist-kein-Geld da-Mantra“, landauf, landab verbreitet von Politikern und Medien, soll sich in

den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger einnisten und dort achselzuckend – „das ist eben so, da kann man eh nichts machen“ – hingenommen werden. Das, genau das ist der eigentliche Skandal. Ich akzeptiere keinen Politiker, keinen Kommunal-, Stadt- und Landes- und schon gar keinen Bundespolitiker, der versucht, uns mit diesem Argument ruhig zu stellen. Das Geld ist nämlich *da*, es ist nur nicht *hier*. Es befindet sich auf Privatkonten, nicht aber in den öffentlichen Kassen. Egal auf welcher Ebene ein Politiker tätig ist, ich erwarte von ihm, dass er weiß, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik seit der Jahrtausendwende zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben geführt hat. Die Bundesregierungen haben seitdem ganz bewusst die Finanzmarktspekulation steuerlich gegenüber realwirtschaftlichen Investitionen privilegiert und dereguliert. Gleichzeitig haben die SPD-Grüne- und die CDU-SPD- Regierungen den Spitzensteuersatz und die Unternehmenssteuer deftig gesenkt, was Schwarz-Gelb jetzt verschärft fortsetzt. Durch ihre Steuerreformen haben sie nicht nur die Spitzeneinkommen, Gewinne und Vermögen radikal entlastet, sondern auch den Bund, die Länder und Kommunen verarmen lassen. Die Folgen dürfen wir heute besichtigen. In einigen Bundesländern werden Schwimmbäder und Theater geschlossen, die Infrastruktur wird vernachlässigt, der Zustand der Straßen nähert sich dem Dritte-Welt-Niveau und – ja, genau – unsere Bildungseinrichtungen lässt man verrotten. Identifikation ist ein großes Wort, es wird gern benutzt. Kann sich aber ein Politiker hin- und aufstellen lassen, der die betriebene Finanz- und Steuerpolitik verteidigt und gleichzeitig den sozialen Kahlschlag wegen angeblich fehlenden Geldes mit dem Wort ‚alternativlos‘ kommuniziert. Auch ein Kommunalpolitiker steht in der Pflicht global zu denken, Zustände zu analysieren, Schlussfolgerungen zu ziehen und zu sagen: „So geht es nicht weiter, jedenfalls nicht mit mir!“ Andernfalls dürfte er morgens gar nicht mehr in den Spiegel schauen wollen.

Aber wo ist es?

Sahra Wagenknecht, die Erste stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke hat das eigentliche Problem sehr griffig auf den Punkt gebracht: „Die Regierungen aller europäischen Staaten haben die Steuern für Vermögende und Unternehmen seit Jahren immer weiter gesenkt. Dadurch sind die Staaten, wenn sie weiterhin zumindest ein Mindestmaß an öffentlicher und sozialer Infrastruktur garantieren wollen, genötigt worden, sich zu verschulden, während die Banken und Vermögenden das, was sie aufgrund der Steuerentlastungen von der Politik geschenkt bekommen haben, partiell in Staatsanleihen angelegt haben. Während also die Schuldenberge – insbesondere in den letzten Jahren – stark gewachsen sind, explodierten nahezu gleichzeitig die Vermögen der Reichsten. So ist allein zwischen 2000 und 2010 das private Geldvermögen in der Eurozone um über 5 Billionen Euro angestiegen. Zwei Drittel des privaten Geldvermögens in Europa befinden sich in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.“ Wir können, bezogen auf Deutschland noch konkreter werden: 2007 besaßen die zehn Prozent Reichsten bereits 61,6 Prozent aller Nettovermögen. Der Gesamtanstieg aller deutschen Vermögen der privaten Haushalte stieg seit 2002 um 1,2 von 5,4 auf 6,6 Billionen. Laut dem deutschen Institut für Wirtschaftsforschung landete dieser Anstieg zu mehr als drei Vierteln auf den Konten der 10 Prozent Reichsten. Mit wissenschaftlich unterkühler Deutlichkeit heißt es: „An den 6.6 Billionen hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste Prozent 23 Prozent des gesamten Vermögens.“ Wo bleibt ein Aufschrei der Öffentlichkeit? Hier wäre er richtig intoniert,

verknüpft mit der Forderung, sich angesichts dieser Vermögenskonzentration das Geld dort abzuholen, wo es zuhauf vorhanden ist, anstatt immer wieder den Steuerzahler auszuplündern und die öffentlichen Kassen auszutrocknen. Die Partei DIE LINKE. hat daher einen Vorschlag gemacht, wie man die Schuldenlast der europäischen Staaten verringern und die nationalen Haushalte sanieren könnte: „Wir fordern“, so formuliert es Sahra Wagenknecht, „eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre. Damit könnten sämtliche Sozialkürzungen verhindert und ein Teil der Einnahmen für den Abbau der Schulden verwendet werden. Eine europaweiter Krisenabgabe für Millionäre von bescheidenen 30 Prozent wäre bereits ausreichend, um die Verschuldung in Europa auf das Niveau der Vorkriegszeit zurückzuführen. Ein Schuldenabbau auf diese Weise würde im Ergebnis auch die Zinslasten verringern. Die dadurch ersparten staatlichen Zinslasten könnten für sinnvolle öffentliche Investitionen genutzt werden.“ Und damit sind wir wieder bei unseren Sporthallen angelangt. Und bei den Schulgebäuden!

Die Rothenburg-Grundschule – eine ‚Never Ending Story?

Hier noch ein besonders krasses Beispiel. Die vielfach gelobte Rothenburg-Grundschule verfügt über kein eigenes Haus. Einige Klassen sind im Fichtenberg-Gymnasium untergebracht, für die anderen hatte man vor vielen Jahren einen kleinen Neubau errichtet, der heute allgemein und etwas hochtrabend Pavillon genannt wird; er steht direkt neben dem Gymnasium. Die räumliche Situation hat sich über die Jahre so zugespitzt, dass man zu der Einsicht kam,

dass die Rothenburgschule ein eigenes Haus für alle Klassen haben muss. Dieses Haus gibt es. Es handelt sich um das ehemalige Lastenausgleichamt. Es steht direkt neben der Fichtenberg-Schule, muss aber schulgerecht saniert werden. In seinem Erdgeschoss hatte man schon vorher den Hort für die Rothenburg-Kinder einquartiert. Der Beginn der Sanierungsarbeiten liegt mehr als drei Jahre zurück, seitdem wird saniert und saniert und saniert. Offensichtlich wurde über längere Strecken auch nicht saniert, weil Geld jeweils nur für eine bestimmte Zeitspanne der Bautätigkeit zur Verfügung gestellt wurde. Dass dort mit Hochdruck gearbeitet wird, ist eine geradezu lächerliche Behauptung. Die Baufirmen ließen sich offenbar alle Zeit der Welt, ließen aber die Kosten im gleichen Takt wachsen. Inzwischen sind Mehrkosten von einer Million Euro angefallen. Anderswo werden im gleichen Zeitraum ganze Wohnviertel hochgezogen. Stadtrat Michael Karnetzki äußerte jüngst seine Unzufriedenheit mit dem Stand der Arbeiten. Mit Recht. Nur wo sitzen die Verantwortlichen, dass sich die Sanierung einer Bildungseinrichtung, der doch – wie immer gern betont wird – höchste Priorität eingeräumt werden müsse – derart in die Länge zieht? Irgendwann im Verlauf der sich im Schneckentempo hinziehenden Sanierungsarbeiten musste der Hort sein Quartier für die Bauarbeiten räumen. Für Erzieher und Schüler war der Aufenthalt in diesem Gebäude bei parallel verlaufender Sanierung ohnehin eine Zumutung. Aber wohin sollte der Hort ausweichen? Man entschied sich zu einer Art Rochade: Klassen der Rothenburgschule wurden evakuiert und in die ohnehin überlastete Fichtenberg-Schule gequetscht, der Hort wanderte in den Pavillon. Im Bemühen, diesem Irrsinn die Krone aufzusetzen, wurde im Bezirksamt die Idee geboren, dass der Umzug von Lehrern, Erziehern und Schüler in Eigenregie gemanagt werden könne. Eine pädagogische Maßnahme sei das, und obendrein könne man so die Umzugskosten in Höhe von 5000 Euro sparen. Es ist immer wieder verblüffend, welche schwachsinnigen Ideen in Ämtern und Verwaltungen aus der Taufe gehoben werden. Diese wurde von den Betroffenen umgehend und mit Erfolg in die Tonne getreten. Kurz vor den Herbstferien kam die erlösende Nachricht: Der Umzug stünde bevor, Lehrer und Schüler sollten sich schon mal in die Startlöcher begeben, nach den Ferien ginge es los. Das musste ich mir anschauen, fuhr mit dem Fahrrad am Gebäude vorbei und wäre anschließend jede Wette eingegangen, dass es sich beim vorgesehenen Umzugstag nur ein Phantomtermin handeln könne. Ein paar Tage später wurde der Umzugstermin auf den Beginn 2013 verlegt. **Und am 13. November, also weitere ca. sechs Wochen später, teilte die Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Bürgerdienste, Cerstin Richter-Kotowski, den Eltern der Schule mit, dass auch dieser Termin nicht zu halten sein wird**. Der BER ist überall habe ich gedacht. Kinder und Bildung zuerst!? Man könnte sich totlachen! Dürfen wir natürlich nicht Statt sich also über die Vermögenskonzentration in China zu aufzuregen, sollte es einen Aufschrei über die Zustände in unserem Staat und in unserer Stadt geben. In diesen Sinn: EMPÖRT EUCH.

Hans Schoenefeldt

Auszug aus der Rede auf der Demonstration „Um Fair Teilen“, 29. September 2012, Berlin von

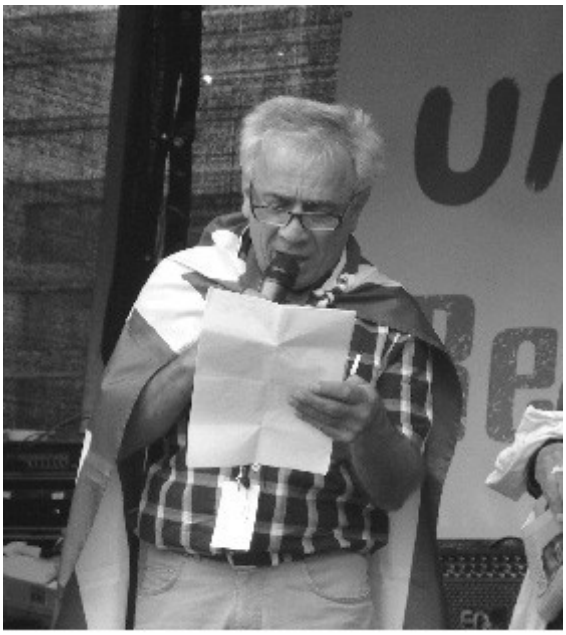
Lampros Savvidis

(Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V.)

Liebe deutsche Mitbürger, liebe Landsleute aus Griechenland, liebe Freunde aus ganz Europa, aus der Türkei und anderen Staaten, liebe Genossinnen und Genossen!

Was uns heute zusammengeführt hat, ist die große Krise des herrschenden Systems, des Kapitalismus. Seine katastrophalen Folgen sind überall spürbar, am stärksten jedoch in Südeuropa. Griechenland, meine Heimat, ist das erste und am schlimmsten betroffene Land, an dem – ich weiß nicht warum – ein Exempel statuiert werden soll. Auf jeden Fall empfinden sich die Einwohner als Versuchskaninchen und ihr Land als Testfeld.

Weil ich erst vor einer Woche von dort zurückgekehrt bin, möchte ich hier berichten, was ich in Griechenland gesehen,



gehört, gelesen und in zahlreichen Gesprächen erfahren habe:

In der ersten Woche meines Aufenthalts, in Athen, gab es fast täglich in unterschiedlichen Bezirken Demonstrationen, Besetzungen von Behörden, Streiks und Proteste. Bei einer Demo ganz in der Nähe unseres Hotels an der Ecke Marni/ Aristoteles-Straße und unweit des Omonia-Platzes, wo sich das Gesundheitsministerium befindet, demonstrierten friedlich, aber wütend die Beschäftigten des Gesundheitswesens.

Wir bemerkten auch, dass zahlreiche Apotheken geschlossen waren, vermutlich aus ökonomischen und Sicherheitsgründen, wie auch zahlreiche andere Geschäfte für immer die Läden geschlossen hatten.

In einem Gespräch sagte uns ein Athener: „Das Zahlungsmittel, also der Euro, trägt nicht an den Verhältnissen schuld, sondern das, was man mit ihm beabsichtigt! Ob wir

nun in Griechenland den Euro oder die Drachme haben: Falls alles so bleibt, wie jetzt, dann gibt es keine Hoffnung mehr für Griechenland!“ Ich erwiderte diesem Mann: „In der Zeitung ‚Ta Nea‘ habe ich gelesen. 54.000 reiche Griechen haben von 2009 bis 2011 legal per Auslandsüberweisungen 22 Milliarden Euro aus Griechenland transferiert. Die schwarzen Transfers sollen über **100 Milliarden** betragen. Falls Griechen so viel Geld ins Ausland bringen konnten, warum hat dann der griechische Staat, als das Geld noch im Land war, so wenig Steuern eingenommen? Und heute, ohne irgendwelche gesetzlichen Regelungen, bringen es die Reichen ins Ausland!“

„Es ist klar“, sagte der Mann, „Frau Merkel wollte Samarras als Ministerpräsidenten haben, weil er die Reichen schützt und das System nicht infrage stellt!“

In der Zeitung „To Ethnos“ las ich den Leitartikel mit der Überschrift „Jackpot“, in dem es hieß, dass der griechische Staat 40 Inseln in der Ägäis für jeweils 50 Jahre verpachten will. Dem Völkerrecht nach käme das einem Verkauf gleich. Warum aber will der griechische Staat seine Inseln verkaufen? Weil er die Reichen nicht besteuern will! Und wie soll es dann weitergehen, wenn der Verkaufserlös nicht zur Schuldendeckung reicht? Werden dann Athen samt Akropolis, Thessaloniki, Sparta, Marathon, Salamis usw. verkauft, bis es keinen griechischen Staat mehr gibt? Dann sind wir, die Bürger Griechenlands, nur noch das Inventar der Kapitalisten.

Aber so geht es doch nicht, sagen die mutigen und unbeugsamen Griechen, die immer für ihre Freiheit gekämpft haben. (Bei diesen Worten wurde auf der Bühne ein aus Griechenland mitgebrachtes T-Shirt mit eindrucksvoller Aufschrift gezeigt:) „This is Sparta! Mollon lawe!“ Oder auf Deutsch: „Hier ist Sparta! Kommt und nehmt uns, wenn ihr es könnt!“

Das Resümee meiner jüngsten Reise in die Heimat ist klar, liebe Freunde: Das Hauptopfer der Krise in Griechenland ist Attika, das heißt Athen und Piräus, aber auch die zweitgrößte Stadt Griechenlands, Thessaloniki, woher ich stamme. Allein im urbanen Ballungszentrum von Athen und Piräus leben über fünf Millionen Menschen, also mehr als die Hälfte der griechischen Gesamtbevölkerung. In Athen, das die Keimzelle der Demokratie bildete, erlischt heute dieses Licht des menschlichen Geistes, weil der Kapitalismus nichts mit wahrer Demokratie anzufangen weiß. Denn die wahre Demokratie wäre sein Ende.

Wir aber wollen nicht das Ende der Demokratie, weil wir Sokrates, Platon und ihre geistigen Erben aus aller Welt retten wollen und deshalb müssen wir die Demokratie gegen den Kapitalismus verteidigen. In Griechenland und in ganz Europa!

Sonst gilt: Heute wir, morgen ihr!

* * * * * *

Das Geld ist nicht weg – es ist nur woanders“ - oder: warum Sozialarbeit auf die Straße geht

Unter dem Motto „Nix da!“ fand am 19.10.2012 die erste sogenannte Vollversammlung der in der Sozialarbeit Tätigen in Berlin statt, initiiert vom Unabhängigen Forum Kritische Sozialarbeit ***ufo*** und gemeinsam gestaltet von KollegInnen aus allen Bereichen der sozialen Arbeit, von gewerkschaftlich und/oder parteipolitisch organisierten und ebenso von nichtorganisierten Menschen. Und es kamen immerhin 1000 zum Alexanderplatz! Eine erstaunlich gute Bilanz – bedenkt man, dass Sozialarbeit ansonsten eher dazu neigt, in der ihr von weiten Teilen der Gesellschaft und der Politik zugewiesenen „Schmuddelecke“ zu verharren und sich unsichtbar zu machen.

Sozialarbeit kostet. Was sie spart oder gar einbringt, lässt sich nicht in Zahlen fassen. Das macht es so schwer, ihren tatsächlichen Wert zu ermessen. Und das in einem gesellschaftlichen System, in dem es immer um den messbaren und beweisbaren Nutzen geht, den ein Ding, den ein Mensch hat.
Einerseits wird der Sozialarbeit nicht viel zugetraut („Die reden ja nur“), andererseits wird sie verantwortlich gemacht, wenn etwas schief geht (man denke nur an die Fälle, in denen die Polizei verwahrloste und von ihren Eltern vernachlässigte Kinder aus Wohnungen holt).
In jedem Falle ist dieses Zusammenspiel nicht dazu geeignet, selbstbewusst und stolz zu benennen, dass man einer solchen Profession angehört - und dann womöglich auch noch Forderungen zu stellen!
Was wir konstatieren müssen ist, dass sich die Rahmenbedingungen, in denen soziale Arbeit stattfindet, in den vergangenen Jahren immer mehr verschlechtert haben. Der Sparzwang, dem Länder und Kommunen unterliegen, führt dazu, dass die Finanzierung sozialer Arbeit zurück geht. Das wiederum führt dazu, dass es immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse (erzwungene Teilzeitarbeit, Fristverträge, fehlende Tarifbindung, fehlender Mindestlohn) gibt mit der Auswirkung, dass die Zahl der Sozialarbeiter, die trotz Job ergänzende Hilfen beantragen müssen, zunimmt. Neben der schlechten Finanzierung steigen die Fallzahlen (also die Zahl der Klienten, für die ein Sozialarbeiter zuständig ist), die Dauer der Maßnahmen nimmt ab und der Dokumentati-

(Fortsetzung auf Seite 6)

onszwang steigt. D.h., die Zeit, die für die direkte Arbeit mit einem Hilfeempfänger zur Verfügung steht, nimmt stetig ab. Lern- und Veränderungsprozesse aber – und darum geht es ja in der Arbeit mit den uns anvertrauten Menschen – brauchen Zeit und Intensität. So stellt sich dann irgendwann wirklich die Frage der Effizienz sozialer Arbeit: wenn sie ihrer Grundlagen beraubt wird, kann sie nicht mehr hilfreich sein....
Stellenstopp im öffentlichen Dienst, unter Preisdruck miteinander konkurrierende freie Träger, fehlende Refinanzierung von Maßnahmen, Schließung von Einrichtungen – die Zu- und Umstände ähneln sich in allen Bereichen der sozialen Arbeit: Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Altenarbeit, Straffälligenhilfe, Arbeit mit psychisch erkrankten Menschen, Wohnungslosenhilfe, Schuldnerberatung etc..
Die Forderungen am 19.10. auf dem Alexanderplatz waren daher politischer Natur, weshalb sich viele Parolen von „Umfairteilen“ wiederfanden. Und logischerweise wiederfinden mussten, geht es doch hier wie dort um die Frage einer gerechteren Verteilung in dieser Gesellschaft.
Trotz Krise werden die Reichen immer reicher – die Armen dafür aber immer ärmer und es werden immer mehr! Wir müssen endlich anfangen zu begreifen, dass das eine mit dem anderen im direkten Zusammenhang steht. Deshalb sind Aktionen wie „Umfairteilen“ und „Nix da!“ so wichtig, weil sie immer wieder genau darauf aufmerksam machen.

Pia Imhof-Speckmann
www.umfairteilen.de www.einmischen.com

Eine Umweltseuche

„Ich könnte diese Leute erschießen“, ereiferte sich vor einigen Tagen mein Nachbar, als ich ihm auf meinem Einkaufsweg über den Weg lief. Ich verstand ihn wegen des höllischen Lärms erst gar nicht. Dann aber streckte er seinen rechten Arm mit drohender Gebärde in die Richtung der Männer, die, mit Laubbläser-Geräten bewaffnet, durch unsere schmale Straße zogen. „Geht mir ganz ähnlich“, pflichtete

ich ihm bei, fügte aber sehr schnell mäßigend hinzu, dass wir unsere Herzen doch lieber nicht in eine Mördergrube verwandelt sollten. Schließlich – was können die bemitleidenswerten Arbeitskräfte dafür, dass sie sich mit diesen Geräten herumplagen müssen. „Weiß ich selber“, lenkte er ein, „aber finden Sie nicht auch, dass wir es hier mit einer echten Umweltseuche zu tun haben?“ „Umweltseuche! Da haben Sie ein schönes und treffendes Wort kreiert“, lobte ich, „aber…“ „Ne, jetzt kein Aber“, unterbrach er mich unwirsch. „Wissen Sie, welcher Satz mir gerade eben in den Sinn kam?“ „Ich bin ganz Ohr“, forderte ich ihn auf. Und er sagte dies: „Ich kann den Protest gegen das Nachtflugverbot erst dann ernst nehmen, wenn dieselben Menschen sich genauso vehement über diesen Laubbläser-Lärm empören.“ Da musste ich lachen, gab aber doch zu Bedenken, dass sich zwar vieles vergleichen aber letztlich nicht einfach gleichsetzen lässt. Er ließ nicht locker: „In Starnberg wurde der Einsatz dieser Geräte jetzt kurzerhand verboten. Starnberg – das wissen Sie – liegt in Bayern. Dort versteht man vielleicht nicht sehr viel über die Pressefreiheit, aber – chapeau – das haben sie hinbekommen. Und so haben sie diesem das Gehör jedes Menschen peinigenden Lärm ein Ende gesetzt. Geht doch! Und“, jetzt geriet er so richtig in Fahrt, „über die ökologischen Beeinträchtigungen müssen wir uns wohl kaum verständigen. Obwohl, vielleicht wissen Sie nicht, dass der Schadstoffausstoß dieser Stadt- und Landplage zweihundertmal höher ist als der eines PKW-Motors.“ Das wusste ich wirklich nicht. Und nun wurde mein Nachbar romantisch: „Sehen Sie, im Frühjahr warten wir sehnsüchtig darauf, dass die Bäume ausschlagen, und ihr Blätterwerk entfalten, im Sommer dienen uns die belaubten Bäume **nicht nur** als Regenschirme **sondern besonders auch als erquickende Schattenspender** und im Herbst erfreuen wir uns an der Farbenpracht. Sobald aber das Laub sich von den Ästen löst, kommen diese unsäglichen Terrorinstrumente zum Einsatz, um das Laub auf so grässliche Art und Weise zu entsorgen. Ist doch furchtbar, oder?“ Ehe ich antworten konnte, setzte er noch einen drauf: „Ich habe die Leute bei ihrer Arbeit beobachtet und bin überzeugt, dass die **artgerechte** Laubbeseitigung mit den herkömmlichen Geräten, Besen, Harke usw. mindestens ebenso effektiv war, gesünder für die Arbeitskräfte, Umwelt verträglicher, und wir Bürger und Bürgerinnen müssten nicht mehr länger unter Lärm und Gestank leiden. „Wo Sie Recht haben, da haben Sie Recht“ Und weil diese Antwort nicht gerade eine Bereicherung seines Zorns war, schlug ich ihm vor, dass wir doch gemeinsam das eine tun sollten, ohne das andere zu lassen. „Was hindert uns daran, uns für die Abschaffung dieser Geräte genauso einzusetzen wie für das Nachtflugverbot.“ „Einverstanden, einverstanden“, mit diesen Worten hieb er seine rechte Hand auf meine linke Schulter (oder war es umgekehrt?) und schickte sich an weiter zu gehen. „Ich muss los, meine Wohnung will in Ordnung gebracht werden. Muss mal wieder alle Räume durchsaugen, verstehen Sie?“ „Verstehe ich, aber sagen Sie“, stichelte ich, „geht’s nicht auch mit einem stinknormalen Besen?“ Er lachte und gab mir, indem er mir den Rücken zuwandte, mit einer wegwerfenden Handbewegung eine nonverbale Antwort. Gut so, auch wenn meine Frage nur ironisch gemeint war, ein Linker muss doch immer das letzte Wort haben.

Hans Schoenefeldt

Treitschkestraße umbenennen!

Warum das denn jetzt? Warum eine Straße umbenennen, die seit dem 17.Juli 1906 den Namen Treitschke trägt? Die Menschen haben sich daran gewöhnt, eine Umbenennung ist mit bürokratischem Aufwand verbunden, und kostet Geld. Wer war denn überhaupt dieser Treitschke? Genau, wer war er? Das sollte man schon wissen, bevor man Stellung bezieht und sich so oder so entscheidet.

nen und Juden wurden ermordet. Der 9. November erinnert uns jedes Jahr aufs Neue an diese Gräueltaten. Wir gedenken der Opfer und wollen keine Brandstifter ehren. Die Mehrheit der Menschen kämpft heutzutage für ein tolerantes und buntes Miteinander. Niemand darf wegen seiner Ansichten, Hautfarbe oder Religion verfolgt werden!

Heinrich von Treitschke (1834 bis 1896) war Historiker, der in Kiel, Heidelberg und Berlin lehrte und sich als Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei in der Zeit von Otto von Bismarck betätigte. Er hat zahlreiche Schriften veröffentlicht, in denen er sich mit der Deutschen Geschichte, der „inneren Reichsgründung“ und der Judenfrage beschäftigte.So auch in seinem Aufsatz „Unsere Aussichten“, der in den „Preußischen Jahrbüchern“ im November 1879 abgedruckt wurde. Hier forderte er, dass nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 nun auch ein „gekräftigtes Nationalgefühl“ der Deutschen entstehen solle. Als Haupthindernis sah er dabei die deutschen Juden. Es sei „das erklärte Ziel der Juden, das öffentliche Leben zu beherrschen“, erklärte er, und warnte immer wieder vor einer „deutsch-jüdischen Mischcultur“. Der Hauptsatz dieses Machwerkes „Die Juden sind unser Unglück“ wurde zum Schlagwort und löste den Berliner Antisemitismusstreit aus. Dank Treitschkes Ansehen als Universitätsprofessor und Politiker sowie seiner rhetorisch geschickten Argumentation wurde der Antisemitismus erst gesellschaftsfähig, er fand Eingang in die Universitäten und etablierte sich rasch im gehobenen Bildungsbürgertum.

Im Dritten Reich bemächtigte sich das nationalsozialistische Hetzblatt „Der Stürmer“ des Satzes von Treitschke und bestärkte den Judenhass, in dessen Folge eine menschenverachtende Hetze gegen die jüdische Bevölkerung losgetreten wurde mit dem bekannten Resultat: sechs millionen Jüdin-

Deshalb:
Treitschke, der Name eines geistigen Wegbereiters des Antisemitismus‘ muss aus dem Berliner Stadtbild verschwinden.

Um das Ziel der Umbenennung zu erreichen, hat sich in Steglitz-Zehlendorf ein breites Bündnis aus Parteien und Initiativen gebildet. Zusammen soll, unter dem Namen Initiative „Treitschkestraße umbenennen, jetzt!“, dieses Thema in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Umbenennung der Treitschkestraße ist nur ein formaler Akt, den die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschließen kann.Da sich die CDU in dieser Angelegenheit nicht positionieren will und die Grünen, wegen der Zählgemeinschaft, die Koalitionstreue halten wollen, hat die BVV beschlossen eine Anwohnerbefragung durchzuführen. Über den ganzen November 2012 haben nun also die Anwohnerinnen und Anwohner der Treitschkestraße das Wort.

Um die AnwohnerInnen an ihr Abstimmungsrecht zu erinnern und um auf die Sachlage hinzuweisen, wer Treitschke war, hat das Bündnis am 10.November einen Aktionstag in der Treitschkestraße durchgeführt. Als prominente Ehrengäste sprachen die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und der ver.di Landesvorsitzende Rolf Wiegand Grußworte. Dabei wurden von den Bündnispartnern Flyer und Plätzchen an die Passantinnen und Passanten verteilt.
Die Reaktionen waren kontrovers. Einige Anwohnerinnen und Anwohner aus der Treitschkestraße waren regelrecht

erbost über so viel Aufsehen um einen Straßennamen. Sie befürchten den finanziellen und zeitintensiven Aufwand, den die Umbenennung verursachen würde. Andere aus der näheren Umgebung der Treitschkestraße standen einer Umbenennung offen gegenüber und erkundigten sich nach Alternativnamen.
Wir als Bezirksverband DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf befürworten die Namensänderung und sind Teil der Initiative „Treitschkestraße umbenennen, jetzt!“. Wir bitten die Anwohner an der Befragung zur Straßenumbenennung teilzunehmen und der Umbenennung zu zustimmen. Bedenken Sie: Wer Treitschke mit seinem Straßennamen ehrt, der ehrt den Antisemitismus.

Frank Springer

Beratung zu sozialen Fragen

Kostenfreie allgemeine Rechtsberatung zu Hartz IV und Schuldnerfragen

Jeden Dienstag von 17 -18 Uhr in unserer Geschäftsstelle Schildhornstr. 85 a

12163 Berlin

Um Wartezeiten zu vermeiden bitten wir Sie, möglichst vorher wegen eines Termins anzurufen unter 70096741.

Die Gesetze, die sich um den Begriff „Hartz IV“ drehen, sind der größte Sozialabbau, den die Bundesrepublik erfahren musste. Beschlossen wurden diese Gesetze von einer SPD-GRÜNE Regierung. Der jetzige SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück verteidigt diese unsoziale Agenda 2010 immer noch - und somit auch die Umsetzung der menschenunwürdigen Repressalien. So eine Politik ist weder sozial noch demokratisch, sie ist das Gegenteil der Idee des Sozialstaates.
Um Hartz-IV-Empfänger in ihrer ohnehin schon misslichen Lage zu unterstützen, bietet DIE LINKE. schon seit langem in Nachbarschaftszentren und ihren Geschäftsstellen Unterstützung an.

Leiharbeit verbieten, Hartz-Gesetze zurücknehmen

Anlässlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung von Hartz I und Hartz II im Deutschen Bundestag erklärt die stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Sahra Wagenknecht:

Leiharbeit ist organisiertes Lohndumping und gehört verboten. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit wieder leben und ihr Leben wieder planen können. Mit den Hartz-Gesetzen haben sich Niedriglöhne, Angst und Unsicherheit wie ein Krebsgeschwür in dieser Gesellschaft ausgebreitet. Eine Rücknahme dieser unsozialen Reformpakete wäre im Interesse der Beschäftigten und der Arbeitslosen in Deutschland und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Ungleichgewichte in Europa.

Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war. In diesem Sinne begrüßen wir den Sinneswandel der Grünen in NRW, die sich für eine komplette Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen ausgesprochen haben. Gleichzeitig bedauern wir, dass das Spitzenpersonal von Grünen und SPD bis heute nicht die Kraft aufbringt, die Fehler der Agenda-Politik einzusehen. Es bleibt dabei: Wer gute Löhne, eine gute Rente sowie eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung durchsetzen will, kommt an der Linken nicht vorbei.

Termine
Jeden 2. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt. ~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~
Die Basisorganisation Zehlendorf tagt jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin
Aktuelle Termine unter: http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/

Impressum
DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf
Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin.
Tel. 030 700 96 741
E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de
Im Web: www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann